

Die Bevölkerung verliert allmählich die Geduld

Repression statt Reform / Ökonomischer Stillstand im einstigen Hoffnungsträger Zentralasiens / Von Markus Wehner

Vor sechs Jahren galt Usbekistan als ein kommender „Tigerstaat“ in Zentralasien. Doch die Wirtschaftsreformen sind ausgeblieben. Privatunternehmer haben wenig Spielraum, wer ein florierendes Geschäft aufbaut, riskiert, daß jemand aus den herrschenden Clans es ihm wegnimmt, berichten Unternehmer in Taschkent. Mit der Schließung seiner Grenze nach Kasachstan hat der Staat den Kleinhändlern das Leben schwermgemacht. Präsident Karimow hält an einer Staatswirtschaft fest. Internationale Geldgeber und ausländische Unternehmer wenden sich enttäuscht ab. Karimow schaut wieder nach Rußland. Dorthin gehen viele Usbeken, um ihre Familien durchzubringen.

TASCHKENT, 27. Juni

Auf dem Chorsu-Markt haben die Händler Laken gespannt. Nargisa aber sitzt auf der Treppe in der gleißenden Hitze vor einem Tuch, auf dem ihre Ware liegt: T-Shirts mit den Aufschriften Nike, Reebok und Adidas, zwei Dollar je Stück. Imitationen aus China oder den Philippinen. Seit vier Jahren arbeitet die zwanzig Jahre alte Usbekin auf dem Basar, so wie ihre Mutter und ihre Schwester, der Vater liegt krank zu Hause. Schuhe und Kochtöpfe, Hemden und Teppiche, Früchte und Kampfhähne gibt es auf dem Markt am Rande Taschkents, aus kleinen Cafés dröhnt Popmusik made in Usbekistan. Junge Männer verkaufen so viel, wie in eine Plastiktüte paßt. Sie sind froh, daß man sie läßt, für Monate war der Markt für sie gesperrt. „Vor sechs Jahren“, sagt Nargisa, „da war es noch besser.“

Das sagen alle in Usbekistan. Bis 1997 gab es die Hoffnung, das bevölkerungsreichste Land Zentralasiens werde sich zum Zugpferd der Region entwickeln. Man hat Baumwolle, Gold und Gas. Doch von den Hoffnungen ist nichts geblieben. Nachdem die Amerikaner nach dem 11. September 2001 das Land zum wichtigsten Verbündeten in Zentralasien machten – sie unterhalten im Süden einen Luftlandstützpunkt mit mehr als tausend Mann –, keimte noch einmal Hoffnung auf, es werde eine zweite Chance auf Reformen geben. Auch daraus ist nichts geworden. Das Verhältnis zwischen dem diktatorisch regierenden Präsidenten Islam Karimow und Washington hat sich abgekühlt, die Amerikaner wollen ihre Hilfe an Fortschritte in der Wirtschaft und bei Menschenrechten klammern.

Andere verlieren ebenfalls die Geduld. Die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung hatte im vergangenen Jahr ihre Jahrestagung in Taschkent abgehalten, damals die weitverbreitete Polizeifolter kritisiert. Reformen binnen Jahresfrist gefordert. Weil kaum etwas passiert ist, fährt die Bank ihre Hilfe herunter. Bezeichnend ist auch das schwindende Eng-

agement deutscher Unternehmen. Betrug die Außenhandelsbilanz zwischen beiden Ländern 1997 noch rund 500 Millionen Euro, so ist sie im vergangenen Jahr auf 225 Millionen Euro gefallen. Die Repräsentanz der deutschen Wirtschaft in Taschkent schließt zum 1. Juli nach zehn Jahren ihre Tore, die Deutsche Industrie- und Handelskammer will ihr Geld woanders anlegen, etwa in Pakistan.

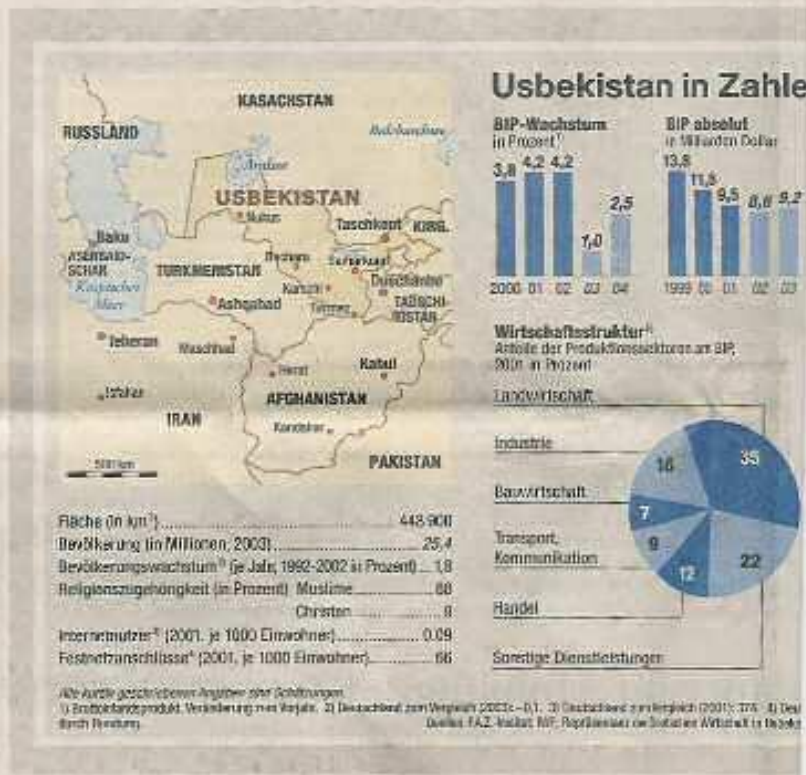
Verfrüht sei diese Entscheidung, sagt Repräsentanzleiter Jörg Hetsch, der Geduld gelernt hat und das Büro mit Hilfe der Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) retten will. Doch er gibt zu, daß „in Usbekistan eigentlich kein ausländisches Unternehmen derzeit glücklich ist“, niemand teure Projekte plant. Großunternehmen wie Siemens und Daimler bleiben mit ihren Repräsentanzen, haben den langen Atem, um auf bessere Zeiten zu warten. Anderen fehlen solche Reserven. Da hilft es wenig, wenn der stellvertretende Außenminister Wladimir Norow sagt, deutsche Unternehmen seien sehr willkommen. Daß die Handelsbilanz rückläufig sei, liege daran, daß seine Regierung kaum noch Staatsgarantien gebe, sagt Norow, der bis vor kurzem Botschafter in Deutschland war und als heimlicher Reformler gilt. „Die deutschen Unternehmer sind verwöhnt, die Russen sind viel risikobereiter“, sagt er.

Nach Jahren mißtrauischer Distanz schaut Taschkent wieder nach Moskau, das seine Geschäfte nicht mit Reformen oder der Achtung von Menschenrechten verknüpft. Doch die Geduld mit Usbekistan verliert nicht nur der Westen, der erkennt, daß das Land kein starker Partner



Es wird immer schwieriger, die Familie durch-

werden will. Vor allem die Bevölkerung wird immer unzufriedener. Durch Handelsbeschränkungen hat der Staat vielen Usbeken die Existenzgrundlage entzogen. Vor zwei Jahren hat die Regierung die Grenze zum Nachbarland Kasachstan, das Usbekistan schon lange ökonomisch überholt hat, geschlossen. Dort hatten jede Woche Hunderttausende Usbeken auf den Basaren Lebensmittel, Kleider und andere Konsumgüter gekauft, die um die Hälfte billiger sind als im eigenen Land. „Ein Wagen mit Waren aus Kasachstan reichte aus, um eine ganze Familie eine Woche lang zu ernähren“, sagt einer der Händler auf dem Chorsu-Markt. „Die Regierung hat mit einem Federstrich den ganzen Markt kaputtgemacht“, klagt er. Zwar





Lebendbringer auf einem Markt in Taschkent.

Foto Frank Röh

geht der Kofferhandel weiter, doch nun muß kräftige Beräupen, wer ins Nachbarland reisen will.

Wer keine Arbeit hat, geht ins Ausland. Vier Millionen Usbeken, vielleicht mehr, verdienen sich als Saisonarbeiter, vor allem in Rußland, um die Pamiße durchzubringen. Wer auf dem Land einen Hungerlohn von zehn Dollar im Monat bekommt, hat keine Wahl. In Rußland verdient man 70 oder 100 Dollar im Monat. In vielen Dörfern gibt es vom Frühjahr bis zum Winter nur noch Alte, Frauen und Kinder, „bei Beerntungen haben wir niemanden, der den Särg tragen kann“, berichten Usbeken aus einem Dorf bei Buchara. Russisch, vor Jahren noch als Sprache der einseitigen „Herren“ verpönt, ist wieder wich-

tig, um in Rußland oder den anderen Staaten Zentralasiens zurechtzukommen. Die Russen selbst – eine Million wohnen noch in Taschkent – verlassen nach wie vor das Land; es sind oft die besten Arbeitskräfte.

Zwar hat Usbekistan mit einer strengen Geldpolitik seit drei Jahren eine Neutourverschuldung verhindert, doch nur mit administrativen Methoden, die der Volkswirtschaft nichts bringen. Seit dem 15. Oktober 2008 hat man die Konvertierbarkeit der Landeswährung Sum in Kraft gesetzt, doch ist das Problem nur auf dem Papier gelöst. Devisenbesitz ist weiter beschränkt. Selbst in einer Wechselstube in der einzigartigen Altstadt Bucharas, die Pflichtprogramm für Touristen ist, vertrießel man auf die Zeit nach dem Mittag-

essen, dann könne man Dollar tauschen. Ein funktionierendes Bankensystem gibt es nicht. Daß nicht nur Kasachstan, sondern auch das ärmere Tadschikistan eine vernünftige Geld- und Währungspolitik verwirklicht haben, ist ein Thema, das die Regierung ungern bespricht.

Baumwolle, die Monokultur aus Sowjetzeiten, wird weiter nicht zu Marktpreisen verkauft. Man verzichtet darauf, eine Verarbeitende Industrie und damit Arbeitsplätze zu schaffen. Die hohen Erlöse aus dem Rohstoffexport reichen aus, damit der Staatshaushalt nicht kollabiert und die Taschen der Chefs aus den herrschenden Clans gefüllt sind. „Alles, was in Usbekistan floriert, ist staatlich“, sagt Martin Rutscher, der das Büro der Weltbank in Taschkent leitet. Um sich fruchtlose Konflikte zu ersparen, beschränkt sich die Organisation darauf, Projekte im Bildungs- und Gesundheitswesen zu fördern.

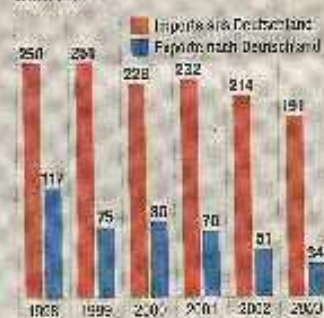
Doch wie lange kann es so weitergehen? Neunzig Prozent der Bevölkerung sind unter 25 Jahre alt, vierzig Prozent jünger als 18. Diese Bevölkerungsmehrheit sieht keine Perspektive. Zwar ist der Staat bereit, in Bildung zu investieren, eröffnet Colleges und Lyzeen. Doch fragt man nicht danach, was dort gelehrt wird und ob das Land überhaupt solche Fachleute braucht.

Der Präsident beschwört indes die Gefahr des Islamismus, sieht sich als Garant für Stabilität. Doch Fundamentalismus macht sich dort breit, wo junge Leute keine Chance sehen. „Länder werden Wirtschaftsreformen während der Regierung als Geschenk an die internationalen Organisationen verstanden, nicht als etwas, das dem Land dient“, sagt ein Politikologe in Taschkent, der lieber ungenannt bleiben will. Das Haupthindernis für Reformen sieht er in Islam Karimow. Der Präsident, der im sowjetischen Gaspian Karriere machte, bevor er kommunistischer Parteichef wurde, ist Zentralplanideologe geblieben. Er frone einem provinziellen Machiasellismus, statt der Energie der jungen Bevölkerung in der Wirtschaft Raum zu geben, sagt der Politikologe. Ende März sprengten sich junge Islamisten in Taschkent und Buchara in die Luft, es kam zu Gefechten, am Ende waren es 47 Tote. Die Regierung reagiert mit Repression. Doch im Land geht es weiter.

en



Handel mit Deutschland in Millionen Euro



Quelle: Statistikamt der Republik Usbekistan, Statistikamt der Bundesrepublik Deutschland, FAZ, 20. April 2004, S. 10

Land und Leute

Usbekistan ist nicht leicht zu verstehen. Das Land an der historischen Seidenstraße ist nicht mehr sowjetisch, aber in vielerlei eine Staatswillkür. Es ist politisch eine Diktatur, aber weniger monolithisch als es scheint. Es ist islamisch geprägt, doch streift man darüber, wie groß die Gefahr des Islamismus ist. Präsident Karimow setzt auf einen Staatsislam, mit Opposition nicht zu verwechseln auf Anschläge von Islamisten, wie es im 1996 und im März dieses Jahres gab. Kritiker behaupten, daß der Staat durch seine Repression erst die Gegenkräfte, die er bekämpft. Doch ist die traditionelle Gesellschaft auf dem Land, aber im bevölkerungsreichen Fergana-Tal, stark. Hier haben islamistische Organisationen, die den säkularen Staat durch ein Kalifat ersetzen wollen, Einfluss. Das Land besitzt die schönsten historischen Städte Zentralasiens: Chiwa, Buchara und Samarkand beherbergen einmalige Moscheen und Medresen, von denen viele in den vergangenen Jahren wieder aufgebaut oder renoviert worden sind. Der Tourismus könnte eine große Chance für das Land werden, doch fehlt die touristische Infrastruktur. Geheime Aste sind die ersten kleinen Privatwirtschafte entstanden.